

ANTRÄGE

1) Behindertenparkplätze

GR. **Haberler**, MBA stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Behindertenausweise werden auf Personen ausgestellt. Sollte diese Person mit dem Auto in die Stadt fahren oder geführt werden, berechtigt jener Ausweis das Parken auf speziellen Behindertenparkplätzen oder auch kostenfrei in der blauen Zone. Der Ausweis darf nur Verwendung finden, wenn die Person, welche den Ausweis besitzt, auch im Auto mit unterwegs ist. Anderenfalls ist es eine missbräuchliche Verwendung. Lt. Auskunft betroffener Personen kommt es bei den ausgewiesenen Behindertenparkplätzen mittlerweile auch zum Problem, dass diese von berechtigten Personen als Dauerparkplätze „missbraucht“ werden. Behindertenparkplätze zeichnen sich durch besondere Merkmale, wie größere Stellfläche, günstige Lage u. ä. aus. Besonders unangenehm wird diese Situation von den Betroffenen im I. Bezirk empfunden. Ein Lösungsvorschlag wäre die Verordnung einer zeitlichen Beschränkung der Parkdauer - bei Verwendung einer Parkuhr.

Um für körperlich beeinträchtigte Menschen freie Behindertenparkplätze sicherzustellen, stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, dass die zuständigen Stellen im Haus Graz

- 1.) den allfälligen Missbrauch von Behindertenausweisen durch nicht nutzungsberechtigte Personen noch konsequenter kontrollieren mögen;
- 2.) prüfen mögen, ob eine zeitliche Nutzungsbeschränkung der ausgewiesenen Behindertenparkplätze im I. Bezirk möglich ist bzw. verneinendenfalls eine entsprechende Petition an den zuständigen Gesetzgeber formulieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Standesamt – online

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wir wissen, dass immer mehr und mehr Grazerinnen und Grazer sich zum Ja bekennen. Das ist natürlich für eine Stadt wie Graz sehr erfreulich und gerade junge Menschen entscheiden sich für den Bund fürs Leben.

Mittlerweile ist es möglich – so die Information von einigen, die sich mündlich angemeldet haben – auch länger als sechs Monate im Voraus einen Termin zu reservieren, da ja bekanntlich auch viele andere Örtlichkeiten organisatorisch geplant werden müssen. Das ist natürlich sehr erfreulich, dass der Antrag vom 27. Februar 2014 umgesetzt wurde.

Transparenter ist allerdings die Anmeldung leider immer noch nicht. Auch bei Anrufen erhalten die Heirats- und Verpartnerungswilligen unterschiedliche Informationen. GR-Kollege Berno Mogel berichtete in der Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 2014

auch darüber und zitierte aus einem Brief des BürgerInnenamtes: „Außerdem planen wir, einen Kalender ins Internet zu stellen, aus welchem freie Termine ersichtlich sind.“

Daher stelle ich namens des ÖVP- Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der für die Mag.-Abt. 2 – BürgerInnenamt zuständige Stadtsenatsreferent Mag. (FH) Mario Eustacchio soll dafür Sorge tragen, dass der angekündigte Online-Kalender im Standesamt so rasch wie möglich angeboten wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Bauliche bzw. optische Maßnahmen für den Radweg in der Schumanngasse

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Letztes Jahr mussten aufgrund von verkehrstechnischen Vorschriften leider alle Parkplätze in der Schumanngasse zum Ärgernis der Bewohner entfernt werden. Auf den frei gewordenen Verkehrsflächen – ehemalige Parkplätze - wurde erfreulicherweise ein Radfahrweg in die Gegenrichtung der Schumanngasse angelegt. Trotz Radweg wurde durch den Wegfall der Parkplätze die Autofahrbahn – erheblich breiter.

Davor war die Schumanngasse durch die auf beiden Seiten parkenden Autos sehr schmal und Autofahrer hielten sich aus diesem Grund an die verordnete 30-km/h-Beschränkung.

Aufgrund der Verbreiterung und der leicht abfallenden Straße ist das Tempo der Autofahrer – sehr zum Leidwesen der Bewohner – massiv angestiegen. Vor allem werden die in die Gegenrichtung kommenden Radfahrer durch die zu schnell fahrenden Autofahrer oft gefährdet.

Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, die Fahrstreifen für Auto- bzw. Radfahrer durch geeignete Maßnahmen optisch oder baulich zu trennen, beispielweise durch einen roten Bodenbelag am Radweg, reflektierende Bodennoppen u. ä..

Durch diese Maßnahmen kann die Sicherheit der Radfahrer erhöht werden und man könnte indirekt auf das Tempo der Autofahrer einwirken.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Abteilungen im Haus Graz beauftragen, diese Verkehrssicherheitsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Haltestelle Schloßbergplatz – Ergänzung der Ansage der Haltestellen um den Zusatz „Graz Museum“

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das „GrazMuseum“, ehemals Grazer Stadtmuseum, gehört zu jenen Einrichtungen der Stadt Graz, auf die wir in unserer Stadt stolz sein können. Das GrazMuseum agiert als Plattform für zeitgenössische urbane Themen und widmet sich dabei den verschiedensten Themen.

Leider ist trotz allem das GrazMuseum vielen Grazern und Grazer Touristen kein Begriff, obwohl es mitten in der Innenstadt am Fuße des Schloßberges liegt.

In unmittelbarer Nähe zum GrazMuseum befindet sich die Haltestelle Schloßbergplatz. Um den Grazern dieses Museum mehr in ihr Bewusstsein zu rücken, wäre es wünschenswert, dass die Ansage der Haltestelle „Schloßbergplatz“ um den Zusatz „GrazMuseum“ ergänzt wird - wie es etwa schon bei anderen Haltestellen der Fall ist, z.B. Kaiser-Josef-Platz/Grazer Oper oder Lichtenfelsgasse/Kunstuniversität.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge an die Holding Graz – Linien mit dem Ersuchen herantreten, die dargestellte Maßnahme in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**5) Volle Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes für verwitwete Elternteile,
Petition**

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Laut Kinderbetreuungsgesetz können junge Eltern die volle Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes (je nach gewählter Variante 14, 24 oder 36 Monate) nur in Anspruch nehmen, wenn beide Elternteile sich die abgegoltene Kinderbetreuungszeit aufteilen – der zweite Elternteil muss mindestens ein Sechstel übernehmen (12 + 2, 20 + 4, 30 + 6 Monate).

Leider gibt es tragische Familiensituationen, wo ein Teilen der Kinderbetreuung absolut unmöglich ist. Beispielsweise ist kürzlich eine junge Mutter acht Wochen nach der Geburt ihres Kindes an Krebs gestorben und im Vorjahr ist der Vater eines Babys bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Wenn ein Elternteil während der Zeit, wo für das Kind Betreuungsgeld bezogen wird, verstirbt, sollte das Kinderbetreuungsgeld vom verwitweten Elternteil in voller Länge bezogen werden können.

Daher stelle ich namens des ÖVP- Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Die Österreichische Bundesregierung, der Nationalrat und der Bundesrat werden auf dem Petitionswege aufgefordert, das Kinderbetreuungsgesetz dahingehend zu novellieren, dass künftig verwitwete Elternteile das sonst für beide Eltern vorgesehene volle Ausmaß an Kinderbetreuungsgeld beziehen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Umsetzung des zweiten Teilabschnittes des projektierten Regenwasser-Sammelkanals und des Ausbaus der St.-Peter-Hauptstraße

GR. Mag. **Spath**, GR.ⁱⁿ Dipl.-Päd. **Kasakoff**, GR.ⁱⁿ **Potzinger** und GR. **Stöckler** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit Juni 2010 begann die Realisierung des Regenwasser-Sammelkanals in der St.-Peter-Hauptstraße, die Neuverrohrung des Petersbaches, die Sanierung und der Ausbau der St.-Peter-Hauptstraße.

Ende 2011 konnte die Baustelle abgeschlossen und dem Verkehr übergeben werden.

Mit dem Ausbau der St.-Peter-Hauptstraße sollten folgende Ziele erreicht werden:

- Abbau der Behinderungen des Busverkehrs in Richtung stadteinwärts durch die Errichtung eines durchgehenden Busfahrstreifens;
- Verbesserungen und Erhöhung der Sicherheit im Fußgängerverkehr durch Errichtung beidseitiger durchgehender Gehsteige;
- Attraktivierung des Radverkehrs durch Anlage eines Mehrzweckstreifens in Richtung stadtauswärts und die Möglichkeit der Mitbenutzung des Busfahrstreifens in Richtung stadteinwärts;
- Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Errichtung und Koordinierung von Verkehrslichtsignalanlagen an den Kreuzungen der Hauptzufahrten zu den Siedlungsgebieten;
- Lösung des Problems der Ableitung der Regen- und Hangwässer im Bereich Messendorfberg durch Errichtung eines Regenwasser-Sammelkanals mit gedrosselter Ableitung Richtung Petersbach.

Realisiert wurden die Ziele allerdings nur von der Petrifelder Straße bis zum Sternäckerweg (1. Bauabschnitt). Der Regenwasser-Sammelkanal ist daher ebenfalls nur bis zum Sternäckerweg errichtet und nicht, wie geplant, bis zur Kreuzung

Moosbrunnweg/Styriastraße. Die Kapazität des Regenwasser-Sammelkanals wurde vorausschauend aber so konzipiert, dass auch die Hangwässer des Messendorfbergs im Bereich Sternäckerweg bis Moosbrunnweg/Styriastraße eingeleitet werden können.

Angeblich sei der 2. Bauabschnitt im Straßenbauprogramm des Landes zwar vorgesehen, der Zeitpunkt des Beginns ist aber nicht bekannt. Weil auch der Ausbau des Südgürtels in großen Schritten voranschreitet und damit mit einem noch größeren Verkehrsaufkommen in der St.-Peter-Hauptstraße zu rechnen ist, ist ein rascher Baubeginn für den 2. Abschnitt dringend notwendig.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher folgenden

A n t r a g :

Der zuständige Landesregierungsreferent und die damit befassten Magistratsabteilungen werden aufgefordert, angesichts der ständig wiederkehrenden Hochwasserproblematik umgehend mit der Umsetzung des 2. Teilabschnittes des projektierten Regenwasserkanals in der St.-Peter-Hauptstraße vom Sternäckerweg bis zur Kreuzung Moosbrunnweg/Styriastraße und dem damit verbundenen Ausbau der St.-Peter-Hauptstraße bis zum St. Peter Gürtel zu beginnen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Baumkircherzimmer im Rathaus nach Dagmar Grage umbenennen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein opportunistischer Söldnerführer wie Andreas Baumkircher ist kein guter Namensgeber für einen Saal im Zentrum des Rathauses. Wie erklärt man dies Touristen von nah und fern? Auch sein grausames Ende (er wurde in der Sackstraße hingerichtet) ist kein Hinweis auf besondere Leistungen für Stadt oder Gesellschaft.

Vor kurzem ist Stadträtin a. D. Univ. Prof. Dagmar Grage verstorben. Diese couragierte Kämpferin für Naturschutz und nachhaltige Stadtentwicklung war ihrer Zeit deutlich voraus. Als Fachfrau für Stadt- und Landschaftsplanung hinterlässt ihre Arbeit auch nach ihrem Ausscheiden aus der Politik deutliche Spuren. Engagierte Bürgerinnen und Bürger fanden in ihrem Büro für Bürgerinitiativen stets ein offenes Ohr und ihre Unterstützung. Basisdemokratie war ihr ein großes Anliegen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten, die Umbenennung des Baumkircherzimmers in Dagmar-Grabe-Zimmer in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Holocaust Memorial Day auch in Graz begehen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 27. Jänner 1945 befreite die Rote Armee das NS-Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Die UNO hat im Jahr 2005 den 27. Jänner offiziell zum internationalen Gedenktag erklärt, der in vielen Ländern als Holocaust Memorial Day begangen wird. Leider noch nicht in Graz. In Wien, Linz und Klagenfurt gibt es ein solches offizielles Gedenken bereits. Auch in der Menschenrechtsstadt Graz sollte diesbezüglich eine würdige Veranstaltung im Rathaus selbstverständlich sein.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten, dass künftig am 27. Jänner der Holocaust Memorial Day auch in Graz würdig begangen wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

9) Ausreichend Mülleimer und Aschenbecher bereitstellen

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Sauberkeit der Straßen und Plätze in Graz ist mir ein großes Anliegen. Daher gibt es meinerseits bereits diverse Anträge zum Thema: *Stark verschmutzte Haltestellen* vom 27. Feber 2014 bzw. *Maßnahmen für mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum* vom 22. Jänner 2015.

Immer wieder erreichen mich Hinweise von Bewohnern und Bewohnerinnen unserer Stadt, dass etwa im Falle längerfristiger Verlegungen von Haltestellen ebendort nicht gleichzeitig das Aufstellen eines Mülleimers erfolgt, dass aber auch vereinzelt – wie beispielsweise an einer Haltestelle in der Bergmannsgasse – der Mülleimer überhaupt fehlt.

Das Leeren und Kehren an den Haltestellenbereichen liegt ja in verschiedenen Verantwortungsbereichen. Genügend Mülleimer bedeuten weniger Aufwand mit dem Besen und damit weniger Aufwand und Kosten für die Holding.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemeinsam mit den Holding Graz Services gebeten, die fixen sowie die vorübergehend eingerichteten Haltestellenbereiche auf das Vorhandensein von Mülleimern und integrierten Aschenbechern zu prüfen, um die fehlenden Behälter in der Folge bereitzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Kunsteislaufplatz am Karmeliterplatz

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Eislaufplatz „Winterwelt“ am Karmeliterplatz erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Auch heuer steht dieses Eislaufangebot wieder zur Verfügung. Allerdings hat es in den letzten Jahren aufgrund der warmen Wintertemperaturen zunehmend Probleme gegeben. Es ist insbesondere der erhöhte Energieaufwand, der den Betrieb des Eislaufplatzes von Jahr zu Jahr kostenintensiver macht. In der Vorjahressaison war es sogar nicht einmal möglich, den Eislaufplatz bis zum Ende der Semesterferien geöffnet zu halten, wie sich das viele gewünscht hätten. Nachdem es bereits zu einigen Schließtagen aufgrund von Warmwettereinbrüchen gekommen war, hat man sich entschlossen, den Betrieb mit 26. Jänner schließlich einzustellen.

Für das geschilderte Problem gäbe es allerdings eine gute Lösung: die Errichtung eines Kunststoffeislaufplatzes. Man müsste zwar bei der Anschaffung etwas mehr Geld in die Hand nehmen, jedoch würde sich diese Ausgabe recht bald amortisieren, da die hohen Energiekosten für die Kühlung wegfallen würden. Während die Plastikplatten im Betrieb keinen Strom benötigen, verbraucht eine Kunsteisbahn mitunter so viel Strom wie ein Haushalt in einem Jahr.

Dass der Vorschlag durchaus realistisch ist, beweist die vor zwei Jahren auf der Hohen Warte eröffnete „Happy Skate“-Anlage. Es ist Wiens erster Plastikplatz, auf dem man mit Schlittschuhen seine Runden drehen kann. Auch beim Wiener „Eistraum“ am Rathausplatz wurden bereits Verbindungsstücke zwischen den Kunsteisflächen ausgelegt. Die Gemeinde Empersdorf in der Steiermark wirbt neuerdings ebenfalls mit einem erweiterten sportlichen Angebot. Die 323 Quadratmeter große Liebendorfer Mehrzweckhalle wurde jüngst um 110.000 Euro adaptiert und soll nun ganzjähriges Eislaufen möglich machen.

Die „Grazer Winterwelt“ wird von der öffentlichen Hand großzügig gefördert. 90.000 Euro sind im Vorjahr vom Land Steiermark an die Betreiber geflossen, 40.000 Euro haben Stadt Graz und Sportamt beigesteuert. Darüber hinaus hat der Bezirk Innere Stadt 1.500 Euro aus dem Bezirksbudget zugeschossen. Für die laufende Saison wurde in der Stadtsenatssitzung am 30. Jänner die Auszahlung von 32.500 Euro beschlossen. Die Gelder privater SponsorInnen sind hingegen vergleichsweise gering. Es liegt daher

im Interesse der Stadt Graz, die Kosten für den Eislaufplatz am Karmeliterplatz zu senken. 148.150 Euro haben nach eigenen Angaben die Ausgaben der Firma FSM Veranstaltungen GmbH für den Eislaufplatz in der Vorjahressaison betragen. Über geringere Strom- und Wartungskosten könnte die Bilanz wesentlich verbessert werden und der Betrieb wäre ökologisch sinnvoll. Obendrein könnte ein Kunststoffeislaufplatz temperaturunabhängig über mehrere Monate pro Jahr in Betrieb sein und gesicherte Öffnungszeiten anbieten, was auch den vielen TurnlehrerInnen, die mit ihren SchülerInnen am Karmeliterplatz eislaufen gehen, Planungssicherheit bringen würde.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates und der Holding werden ersucht zu prüfen, wie viel Geld durch die Errichtung eines Kunststoffeislaufplatzes eingespart werden könnte. Im Anschluss an das Ergebnis sollten Stadt und Holding Graz Freizeit entscheiden, ob sie künftig entweder selbst einen Kunststoffeislaufplatz am Karmeliterplatz betreiben wollen oder die jährlichen Förderungen an die Betreibergesellschaft von der Installation einer ökologisch sinnvollen und kostengünstigen Kunststoffeisfläche abhängig macht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Schöckl-Lifte langfristig sichern

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

2013 gab es seitens der Holding Graz eine Fülle von Ideen und Kooperationen zur Belegung des beliebten Schigebietes vor der Haustüre von Graz.

Nun ereilte uns jedoch die Meldung, dass die Holding Graz als Eigentümerin aus wirtschaftlichen Gründen überlegt, den Skibetrieb einzustellen und den Schilift am Schöckl abzubauen.

Mit einem Abbau des Skiliftes würde mit einem Schlag SkianfängerInnen die Möglichkeit genommen, erste Schwünge im nahen Einzugsgebiet zum Grazer Stadtgebiet zu erlernen. Graz hätte dann, besonders für die kleineren SkianfängerInnen, nur noch den nicht besonders schneesicheren Wimmer-Lift in Eggersdorf oder jenen am Gedersberg in Seiersberg. Beide sind an den wenigen Schneetagen in Tallage schon jetzt heillos überfüllt. Auch für sozial schwächere BürgerInnen, die sich teure Winterurlaube nicht leisten können, ist der Grazer Hausberg eine günstige Alternative, die zudem mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht zu erreichen ist.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates und der Herr Sportstadtrat werden gebeten, an die Graz Holding heranzutreten, um zusammen mit den Gemeinden des Schöckllandes eine langfristige Sicherung und Attraktivierung der Lifte zu erwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) „Platz der freiwilligen Schützen“ in „Platz der Widerstandskämpferinnen“ umbenennen

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Eingangs möchte ich festhalten, dass ich den gegenständlichen Antrag schon vor einen Jahr gestellt habe. Bis heute habe ich jedoch weder eine Antwort dazu erhalten, noch hat eine Erledigung stattgefunden.

Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, dass Plätze und Straßen in der Stadt Graz immer noch Namen tragen, die der kriegsverherrlichenden und nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs ein ehrendes Gedenken bewahren, wie zum Beispiel die Kernstockgasse, die Conrad-von-Hötzendorf-Straße, aber auch der Platz der Freiwilligen Schützen.

Im Rahmen eines Kunstprojektes mit dem Titel „Frauen tragen“ realisierten Künstlerinnen im Herbst 2013 auf Initiative Maggie Jansenbergers, der ehemaligen Frauenbeauftragten der Stadt Graz, eine Kunstaktion im öffentlichen Raum, bei der an verschiedenen Adressen in der Stadt Schilder mit Namen von denkwürdigen Frauenpersönlichkeiten angebracht wurden. Unter anderem wurde am „Platz der Freiwilligen Schützen“ auch das Schild „Platz der Widerstandskämpferinnen“ angebracht. Wir finden, dass dies tatsächlich ein würdiger Name für diesen Platz wäre und dass sich das Gedenken an jene Frauen, die Widerstand leisteten gegen Nationalsozialismus, Krieg und Völkermord, nicht allein auf ein Kunstprojekt beschränken sollte.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der „Platz der freiwilligen Schützen“ wird dem Gedenken von Frauen, die gegen Nationalsozialismus, Krieg und Völkermord Widerstand geleistet haben, gewidmet und in „Platz der Widerstandskämpferinnen“ umbenannt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Bahnunterführung in der Liebenauer Hauptstraße

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein Leitsatz des Stadtentwicklungskonzeptes ist die „Stadt der kurzen Wege“ und damit die gute Erreichbarkeit von Stadtteilen. Auf Grund des Ausbaus der Ostbahn (von Graz in Richtung Gleisdorf, Feldbach, Fehring und Jennersdorf) und der erhöhten Taktfrequenz ergibt sich beim Bahnübergang in der Liebenauer Hauptstraße immer öfter die Notwendigkeit von Bahnschrankenschließungen, die Staus und lange Wartezeiten nach sich ziehen. Auch aus Sicht der Luftgütequalität führen diese Staus, die bis in die Nebenstraßen (Puntigamer Straße...) reichen, zu einem vermehrten Emissionsausstoß. Da gerade der Süden von Graz mit der Feinstaubproblematik besonders belastet ist, sollte alles unternommen werden, um weitere Verschlechterungen zu verhindern.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen beauftragt werden zu prüfen, inwiefern durch eine Unterführung an der Eisenbahnkreuzung in der Liebenauer Hauptstraße eine Verbesserung der Erreichbarkeit des Bezirkes Liebenau und der Nord-Süd-Verbindung erzielt wird und dadurch auch eine Verbesserung der Luftgütequalität gewährleistet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Informationen zur Schuleinschreibung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Da ganz Graz ein Schulsprengel ist, haben Eltern freie Wahl bei der Auswahl der Volksschule für ihr Kind. Diese Entscheidung ist für viele Eltern nicht einfach, sind doch neben der Entfernung zum Wohnhaus noch andere Kriterien wie Ganztageschule/Halbtageschule oder Hort, pädagogische Schwerpunkte oder auch die Lehrkräfte für die Entscheidung relevant.

Eltern wollen sich daher auch rechtzeitig über die unterschiedlichen Schulen informieren. Die Tage der offenen Tür sind an den Schulen eine gute Einrichtung und werden von Eltern gerne angenommen. Umso erstaunlicher ist es, dass Eltern das offizielle Informationsschreiben der Abteilung für Bildung und Integration, in dem das Prozedere der Anmeldung, aber auch die vom Amt empfohlene Schule enthalten sind, erst kurz vor Weihnachten und damit zu einem Zeitpunkt erhalten, an dem bereits

zahlreiche Tage der offenen Tür, nämlich an 18 von 39 Standorten, stattgefunden haben.

Im Sinne der Eltern wäre hier eine bessere Abstimmung oder Koordination zwischen dem Amt und den Schulen bzw. dem Landesschulrat wünschenswert.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Abteilung für Bildung und Integration wird dazu aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat eine bessere Koordination der Informationen zur Schuleinschreibung zu entwickeln.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Ehrung für Wolfgang Bauer

GR. **Mogel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 18.2.2015 war in der Zeitschrift „Die Presse“ zu lesen, dass ein lange verschollen geglaubtes Stück von Wolfgang Bauer – „Der Rüssel“ – wieder aufgefunden wurde. Wolfgang Bauer wurde zu Lebzeiten das Goldene Ehrenzeichen der Stadt Graz (1991) verliehen. Nach seinem Tod am 26. August 2005 wurde er in einem Ehrengrab der Stadt Graz beigesetzt. Zehn Jahre nach dem Tod Wolfgang Bauers stünde es der

Kulturhauptstadt Graz gut zu Gesichte, einem ihrer international bekanntesten Dramatiker und Schriftsteller ein besonderes Gedenken zuteil werden zu lassen.

Zu diesem Zwecke böte es sich an, eine Straße oder einen Platz nach Wolfgang Bauer zu benennen. Zum Beispiel könnte der kleine Platz vor der Jesuitenuni (Ecke Hofgasse/Bürgergasse) direkt vor dem Schauspielhaus, jenem Ort in Graz an dem Bauers Karriere als Bühnen-Dramatiker so manchen Höhepunkt erreichte, in Wolfgang-Bauer-Platz umbenannt werden.

Besonders interessant wäre es auch, das eben aufgefundene Drama von Bauer in seinem 10. Todesjahr in Graz zu einer Uraufführung zu bringen. Für alle Bauer Fans wäre das ein besonderer Leckerbissen und für die Literaturhauptstadt Graz mit Sicherheit ein Glanzlicht.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz, im Besonderen die Frau Kulturstadträtin Lisa Rücker, werden ersucht zu prüfen, welchen Platz oder welche Straße in Graz zu Ehren Wolfgang Bauers im 10. Jahr nach seinem Ableben nach ihm benannt werden könne. Weiters möge im Rahmen der Möglichkeiten das Ziel verfolgt werden, das verschollen geglaubte und nun wieder aufgefundene Werk Wolfgang Bauers „Der Rüssel“ in Graz im Jahr 2015 zur Uraufführung zu bringen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Jahreskarte Graz für AuspendlerInnen

GR. Dreisiebner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nach Start am 7. Jänner 2015 und der seither zu beobachtenden regen Nachfrage nach der "Jahreskarte Graz" sowie ergänzend zum heute anstehenden Beschluss des "Mobilitätsscheck für Grazer Studierende" rege ich zum Zweck der Abstellung der nunmehr groben Schlechterstellung jener GrazerInnen, die über die Verbundzone 101 hinaus regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel nutzen und zu diesem Zweck Jahreskarten für zwei oder mehr Zonen erwerben, den Antrag, auch diesem Personenkreis entlang der Richtlinien für die "Jahreskarte Graz" eine Förderung in der Höhe von € 171,- zu gewähren.

Die derzeit gültigen Tarife - Halbjahres- bzw. Jahreskarte - für AuspendlerInnen, mit Strecken über die Zone 101 hinaus (Quelle: Steirische Verkehrsverbund GmbH, www.verbundlinie.at/tarif/302020/jahreskarte.php):

Tarifzone n	Halbjahreskarte	Preis/Ta g	Jahreskarte	Preis/Ta g
1	228,00 (237,00)	1,25 (1,3 0)	399,00 (417,00)	1,09 (1,1 4)
2	312,00 (321,00)	1,71 (1,7 6)	565,00 (583,00)	1,55 (1,6 0)
3	408,00 (417,00)	2,24 (2,2 8)	739,00 (757,00)	2,02 (2,0 7)
4	521,00 (530,00)	2,85 (2,9 0)	942,00 (960,00)	2,58 (2,6 3)
5	609,00 (618,00)	3,34 (3,3 9)	1.102,00 (1.120,0 0)	3,02 (3,0 7)
6	675,00 (684,00)	3,70 (3,7 5)	1.221,00 (1.239,0 0)	3,35 (3,3 9)

7	729,00 (738,00)	3,99 (4,04)	1.321,00 (1.339,00)	3,62 (3,67)
8	791,00 (800,00)	4,33 (4,38)	1.433,00 (1.451,00)	3,93 (3,98)
9	863,00 (872,00)	4,73 (4,78)	1.563,00 (1.581,00)	4,28 (4,33)
10	925,00 (934,00)	5,07 (5,12)	1.674,00 (1.692,00)	4,59 (4,64)
11	996,00 (1.005,00)	5,46 (5,51)	1.802,00 (1.820,00)	4,94 (4,99)
12	1.064,00 (1.073,00)	5,83 (5,88)	1.925,00 (1.943,00)	5,27 (5,32)
13	1.128,00 (1.137,00)	6,18 (6,23)	2.043,00 (2.061,00)	5,60 (5,65)

ab 13 Tarifzonen gilt jede Halbjahres-/Jahreskarte für das gesamte steirische Verbundgebiet

Preis in Klammer: abweichender Preis bei Ratenzahlung.

Die Förderung über die "Jahreskarte Graz" vergrößert die effektive Tarif-Differenz für jene Personen, die etwa 2 Zonen in Anspruch nehmen von € 166,- vor dem 7.1.2015 auf nunmehr € 337,-

In diesem Sinne stelle ich folgenden

A n t r a g :

In der Richtlinie für die "Jahreskarte Graz", die bekanntlich ausnahmslos für die steirische Verbundtarif-Zone 101 gilt, wird auch jenem Personenkreis, der seinen Hauptwohnsitz in der Stadtgemeinde Graz hat, aber über die Zonengrenze der Zone 101 auspendelt, ebenfalls eine Förderung in der Höhe der "Jahreskarte Graz", das sind € 171.-, gewährt.

Die Bedeckung der anfallenden Kosten hat aus den Verstärkungsmitteln im Budget für das Jahr 2015 sowie für das Folgejahr aus demselben Titel des Budgets 2016 zu erfolgen.

Das entsprechende Finanzstück ist bis zur nächsten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Stadtrat Kurt H o h e n s i n n e r , MBA, schließt die Sitzung des Gemeinderates um 16.15 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb